

# „Wir werden dir eine Leiche bringen“

Hannoversche Roulette-Affäre: Die Schlüsselfigur starb auf Teneriffa

**Der Spielbanken-Ausschuß des niedersächsischen Landtages vernimmt von Montag bis Donnerstag dieser Woche 18 weitere Zeugen. Neue Aussagen und Dokumente belegen, daß drei Gruppierungen versucht haben, die Verga-**

**be von Kasino-Konzessionen zu beeinflussen: mafiaverdächtige Geldgeber, seriöse Geschäftsleute und geldgierige Parteipolitiker. Eine Schlüsselfigur des Skandals ist auf geheimnisvolle Weise ums Leben gekommen.**

Die Umstände, unter denen der Kaufmann Otto Welsch, genannt „Uli“, im Mai 1982 in Puerto de la Cruz auf Teneriffa starb, waren so mysteriös wie vieles in seinem Leben.

Als der ehemalige SPD-Kreistagsabgeordnete Dieter Menck 1984 im Urlaub die Witwe seines einstigen Bekannten Welsch in ihrer Villa auf Teneriffa besuchte, wies die Frau, so erinnert sich der Kommunalpolitiker, auf einen Baum inmitten des Gartens: „Da hat sich der Uli aufgehängt.“

Aus Teneriffa nahm Menck „massive Zweifel“ an der Selbstmord-Version mit nach Hause: „Der Otto Welsch“, sagt Menck heute, „war ein aktiver Mensch, dynamisch, temperamentvoll, begeisterungsfähig, eben ein typischer Widder – der hätte sich lieber auf offener Straße erschießen lassen als sich aufzuhängen.“

„Ganz merkwürdig“ erschien Welschs Tod auch dem einstigen deutschen Pfarrer auf Teneriffa, Walter Grunwald, heute Seemannspastor in Hamburg. Grunwald, der früher Telefon-Seelsorger war und im Umgang mit Lebensmüden geübt ist, sagt, er habe den Kaufmann noch kurz vor dessen Tod getroffen: „Welsch war gerade aus Las Vegas zurückgekehrt, mit einem Pseudo-Dokortitel, den er sich da gekauft hatte. Der hatte noch viel vor.“

Am „nächsten oder übernächsten Tag“ erfuhr der Pastor, daß sich Welsch „in seinem Haus erhängt“ habe. Seit er den Mann damals auf der Insel beerdigt habe, sagt der Geistliche, „stecken in mir tiefe Zweifel am Selbstmord“.

Erhängt im Garten, erhängt im Haus – es gibt noch eine dritte Version und sogar eine vierte über die Umstände des Todes auf Teneriffa.

Ein langjähriger Welsch-Freund und -Berater („Bitte nennen Sie meinen Namen nicht, aus standesrechtlichen Gründen“) erinnert sich, die Welsch-Ehefrau Margot habe ihm erzählt, daß sie ihren Mann tot im Bett gefunden habe, „wie aufgebahrt, im weißen Dinnerjacket, alle seine Klunkerchen an den Fingern – vergiftet, Zyankali oder so“.

„Der Typ, sich umzubringen, war Uli Welsch nicht“, berichtete der Vertraute dem SPIEGEL: „Der hat immer gesagt: ‚Wenn ich mal vom Erdball weggehe, dann ganz groß.‘ Selbstmord – das paßt nicht zu ihm.“

Während Witwe Margot zu alldem schweigt, wabern in der deutschen Gemeinde auf Teneriffa Spekulationen. Ein ehemaliger Hotelier („Ich möchte nicht, daß mein Name in irgendeine Affäre hineingezogen wird – ich bin 72“) teilte dem SPIEGEL letzten Monat mit: „Ein Gerücht besagt, man habe ihn auf-

gehängt! Kein Selbstmord? Warum? No comment!“

Der Mann, der auf so geheimnisvolle Weise aus dem Leben schied, ist die wohl schillerndste Figur in der niedersächsischen Spielbank-Affäre, in der es – seit dem spektakulären Zusammenbruch der Kasinos in Hannover und Bad Pyrmont im November letzten Jahres – um Parteintrigen und Beamtenbestechung geht, um Morddrohungen und Erpressungsvorwürfe, um Millionengewinne und bald, vielleicht, auch um die Mehrheiten im hannoverschen Parlament und im Bonner Bundesrat.

Vor dem Spielbanken-Ausschuß des Landtages, der am Montag dieser Woche seine Arbeit wieder aufnimmt, sollen bis Donnerstag 18 Zeugen gehört werden, darunter solche, die Welsch gut gekannt haben, etwa der Mannheimer Anwalt Paul Meixner und der einstige Kommunalpolitiker Menck. Indes: Wenn Welsch noch lebte, könnte er wahrscheinlich mehr als all diese Zeugen zur Aufhellung der Affäre beitragen – und womöglich Beamte wie Politiker das Fürchten lehren, quer durch die Parteien.

Welsch galt einst als einer der aussichtsreichsten Bewerber um die heißbegehrten niedersächsischen Kasino-Konzessionen, die ähnlich wertvoll waren wie eine Lizenz zum Gelddrucken. Wie



Ex-CDU-Berater Rath, früherer Partner Welsch: Hinter dem Strohmann steckte ein Strohmann

Welsch und seine Partner ausgetrickst wurden oder sich selber ausgetrickst haben – das ist, Krimi im Krimi, das wohl abenteuerlichste Kapitel im niedersächsischen Roulett-Thriller.

Kontakt hatte Welsch zu den meisten der Hauptfiguren im Spielbanken-Skandal, der seit Wochen die schwarz-gelbe Koalition an der Leine erschüttert (SPIEGEL 23 bis 30/1988):

- ▷ Die hannoverschen Gastronomen Rudolf Kalweit, heute 81, und Fritz Harenberg, mittlerweile verstorben, waren Welschs Mitgesellschafter in der zu Anfang der siebziger Jahre, unter einer SPD-Regierung, meist-favorisierten Kasino-Interessenten-gruppe; die Bewerber versprachen sich, so Kalweit, „das größte Geschäft der Welt“.
- ▷ Der einstige CDU-Berater Laszlo Maria von Rath, 66, schloß mit

▷ Der heute der Bestechlichkeit verdächtige Innen-Ministerialbeamte Gerhard Roemheld, 61, jahrelang Vize in der Polizeibehörde des niedersächsischen Innenministeriums und höchster Kasino-Aufseher im Lande, vergab die zunächst der Welsch-Gruppe zugesagten Spielbank-Konzessionen an andere Bewerber, etwa seinen Freund, den Spieler Marian Felsenstein, oder den österreichischen Glücksspiel-Unternehmer Leo Wallner, Namenspate des Roemheld-Enkels Leo.

Ob Schmiergeld-Zahlungen oder Parteibuch-Beziehungen – was letztlich, neben der Bewertung von Solvenz und Solidität, noch alles mitspielte bei der Konzessionsverteilung zu Lasten der Kalweit-Gruppe, muß der Spielbanken-Untersuchungsausschuß ergründen, der insgesamt noch mindestens 50 Zeugen zu hören hat.

Fest steht schon jetzt: Bei der Prüfung der Konzessionswürdigkeit des Bewerbers Welsch ist es Anfang der siebziger Jahre nicht immer mit rechten Dingen zugegangen. Dokumente und Zeugnisaussagen, die dem SPIEGEL vorliegen, deuten darauf hin, daß Welsch, selber kein unbeschriebenes Blatt, das Objekt einer politischen Intrige geworden sein könnte.

Um die goldwerten Spielbank-Konzessionen hatten sich Anfang der siebziger Jahre Dutzende von Interessenten beworben, darunter seriöse Geschäftsleute, zwielichtige Glücksritter und sogar mafiaverdächtige Halbweltler. Zudem interessierten sich, versteckt hinter Strohmännern, diverse niedersächsische Spitzenpolitiker für die hochprofitablen Geldquellen. Dem Gerangel der so unterschiedlichen Interessengruppen ist die Konzessionsanwartschaft Otto

Welschs und seiner Partner samt Laszlo von Rath zum Opfer gefallen und, möglicherweise, Welsch selber.

Der Kaufmann hatte bereits in den sechziger Jahren im niedersächsischen Karoxbostel, einem Ortsteil von Hittfeld bei Hamburg, eine Art Kasino unterhalten, wo er ein roulettähnliches Spiel veranstaltete. Die besten Gäste kamen aus Hamburger Rotlichtvierteln.

Einen Teil des Geldes, „das er den Hamburger Jungs im wesentlichen abgenommen hat“ (so der damalige hannoversche Innenminister Otto Benne-mann), überließ Welsch der Gemeinde Hittfeld für soziale und kulturelle Zwecke. Der spendable Kasino-Besitzer war daher, wie sich Sozialdemokrat Menck, einst Vorsitzender des kommunalen Spielbank-Ausschusses, erinnert, „all-seits beliebt“ bei den Hittfeldern.

Als niedersächsische Politiker 1968 über die Einrichtung regulärer Spielbanken zu diskutieren begannen, verbündete sich Kasino-Praktiker Welsch mit zwei angesehenen Interessenten. Am Nikolaustag jenes Jahres gründete das Trio eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts zwecks „Erlangung von Spielbank-Konzessionen“.

Welschs Partner waren der hannoversche Gastronom Kalweit, dem unter anderem das „Hotel Georgenhof“ gehörte, und ein Mann mit politischen Beziehungen: Fritz Harenberg, Eigner der „Flughafengaststätten“ und Duz- und Parteifreund des damaligen SPD-Innenministers Lehnern, der bis 1974 für die Auswahl der Konzessionäre verantwortlich war.

Die Gruppe stand bei Lehnern, partei-intern „König Richard“ genannt, hoch in der Gunst – und das nicht nur, weil „Fritze“ Harenberg der arbeitslosen Ministerfreundin Brigitte zu einem Job in



Welsch-Partner Harenberg (l.)  
Minister-Freundin beschäftigt

Welsch, dem 50-Prozent-Gesellschafter der Bewerbergruppe, 1971 einen geheimgehaltenen Vertrag, der Rath nach dessen Darstellung ein Viertel der zu erwartenden Kasino-Gewinne aus Hannover und Bad Pyrmont sicherte – jährlich rund eine Million Mark, laut Rath bestimmt zur Weiterleitung an die CDU.

- ▷ Der einstige SPD-Innenminister Richard Lehnern, 70, ließ 1974 die Kalweit/Welsch/Rath-Gruppe fallen; daraufhin verbreitete Welsch, der Minister habe sich rächen wollen, weil die Bewerbergruppe sich geweigert habe, ihm ein 100 000-Mark-Apparatur für seine Freundin Brigitte zu finanzieren.

\* Letzten Monat vor dem hannoverschen Untersuchungsausschuß.



Welsch-Partner Kalweit\*: Minister unter Druck gesetzt

seinem Gaststättenbetrieb verholfen hatte. Bei Umtrunken in „Frick's Restaurant“ in Godshorn, in Harenbergs „London-Schänke“ nahe dem Landtag oder auch in Lehnerts' Amtszimmer, erinnert sich Kalweit, habe der Minister ein ums andere Mal das Versprechen erneuert, daß diese Gruppe und keine andere die profitträchtigen Lizenzen erhalten werde.

Kalweits Mannheimer Anwalt Meixner und der Leimener Steuerberater Berthold Klingmann wiederum versorgten den Minister mit juristischen und fiskalischen Gutachten für das Gesetzgebungsverfahren, aber auch mit Argumentationshilfen etwa zur „Zweckmäßigkeit der Vereinigung aller Spielbank-Konzessionen im Lande Niedersachsen in einer Hand“ – in der Hand, selbstredend, der Kalweit-Gruppe.



men bei der seinerzeit oppositionellen CDU besorgen.

Damit Rath ein Viertel der erwarteten Spielbank-Erlöse in die CDU-Kasse leiten konnte, hatten Kalweit und Harenberg im Februar 1971 je ein Drittel ihrer Anteile an Welsch abgetreten. Welsch seinerseits schloß mit Rath einen Unterbeteiligungsvertrag, der dem SPIEGEL vorliegt. Welsch wurde dadurch gleichsam zum Strohmann des Strohmanns Rath.

Kaum war das Spielbanken-Gesetz jedoch vom Landtag beschlossen, begab sich Lehnerts auf den Rückzug. Das Ministerium ließ die bislang bevorzugte Bewerbergruppe fallen – Kalweit und seine Kompagnons, inklusive CDU-Berater Rath, hatten offenbar ihre Schuldigkeit getan.



Zeugen Geiger, Menck: Bewerber ausgetrickst?

„Durch einen Bekannten, der der CDU nahesteht“, notierte Kalweit im Mai 1974 in einem Aktenvermerk, „wurde es erreicht, daß schließlich das Gesetz nach allem Hin und Her verabschiedet wurde.“ Der „Bekannt“, erklärt Kalweit, war Laszlo von Rath, damals nicht nur Werbemanager der Niedersachsen-CDU, sondern auch befreundet mit dem Landesvorsitzenden Hasselmann und vor allem mit dessen Generalsekretär Dieter Haabengier, den er „Hediha“ nannte.

Dem Draht zu Rath war es nach Einschätzung der Kalweit-Gruppe zu verdanken, daß das Spielbanken-Gesetz im Juli 1973 überhaupt eine parlamentarische Mehrheit fand. Denn in der Fraktion der damals regierenden Sozialdemokraten gab es etliche, die Glücksspiel-Tempel als unmoralische Anstalten pauschal ablehnten oder allenfalls staatlich betriebenes Roulett erlauben mochten. Rath wollte deshalb die fehlenden Stim-

Zum Zuge kamen andere. Zu jener Zeit wurde das Innenministerium des Genossen Lehnerts von diversen sozialdemokratischen Spielbank-Interessenten bedrängt, nach dem Antritt einer SPD/FDP-Koalition 1974 auch von einflußreichen Freidemokraten wie dem Versicherungskaufmann Kurt Jodexnis, der sich von seinem Geschäftsfreund, FDP-Schatzmeister Detlef Kleinert, beraten ließ.

Politiker aller Parteien wollten fortan bei der Konzessionsvergabe entweder sich selber oder Bewerber ihrer Wahl berücksichtigt sehen. Und auch clevere Geschäftsleute wie der hannoversche Textilkaufmann Felsenstein und der Wiener Roulett-Manager Wallner („Der große Blonde mit dem goldenen Arm“) hofierten den für die Konzessionsauswahl zuständigen Ministerialbeamten Roemheld und seinen Kollegen Gerhard Benntin. Bestechungsgerüchte machten die Runde.

Aus welchen Gründen auch immer – die Kalweit/Harenberg/Welsch-Gruppe sollte offenbar abserviert werden. Während gegen Kalweit und Harenberg Einwände nicht erhoben werden konnten, begann Roemheld intensiv, nach dunklen Flecken in Welschs Leben zu suchen.

Das Führungszeugnis, das Roemheld, Leiter des Referats 21 („Besonderes Recht der Gefahrenabwehr“), beim Bundeszentralregister in Berlin einholte, wies, wie er konstatieren mußte, „keine Eintragungen“ auf. Auch sonst fand sich nichts Gerichtsverwertbares gegen den Bewerber Welsch, obschon Roemheld immerhin auch Vizechef der Polizeibehörde war. Schließlich versuchte er es offenbar mit einem Trick.

„Wenn das Innenministerium den Ruf von Bad Harzburg ruinieren will“, zitierte Roemheld den damaligen Kurstadt-Bürgermeister Siegfried Hoffmann in einem Aktenvermerk, „möge es eine Konzession an eine Gruppe geben, zu der Herr Welsch gehört.“ Doch Hoffmann versichert, diese ihm „zur Last gelegte Bemerkung“ habe er „nicht abgegeben“.

Auch auf telephonische Anfrage beim damaligen stellvertretenden Harzburger Stadtdirektor Horst Voigt, „ob etwas Nachteiliges gegen Herrn Welsch“ vorliege, erfuhr Roemheld nur, was ihm ohnehin bekannt war: daß gegen Welsch in den sechziger Jahren ein Strafverfahren wegen verbotenen Glücksspiels gelaufen war, das aber in drei Instanzen mit Freispruch endete.

Die Bemühungen Roemhelds, Abtrüglisches über den Freigesprochenen zu ermitteln, lassen nur den Schluß zu, daß die Bewerbergruppe, der Welsch angehörte, unter allen Umständen von den niedersächsischen Spielbanken ferngehalten werden sollte, als das Innenministerium die Konzessionen vergab. Zuvor war Welschs Vorleben kein Thema gewesen, obschon Lehnerts darüber genaue Kenntnis hatte.

Welsch, Jahrgang 1920, war Ende der vierziger Jahre in Berlin wegen illegaler Schwarzmarktgeschäfte verurteilt worden. Er hatte dann in verschiedenen Städten Spielkasinos betrieben, für die keine staatliche Lizenz erforderlich war. Die Erträge investierte Welsch größtenteils auf Teneriffa. Auf der Kanaren-Insel hatte er eine Villa („Casa Stella“) und mehrere Gastronomie-Betriebe, unter anderem das „Café Oasis“ in Puerto de la Cruz.

Auf Betreiben der Landesregierung entzog die Winsener Kreisbehörde Welsch 1962 die Genehmigung für das als „Geschicklichkeitsspiel“ etikettierte Roulett. Welsch klagte vor dem Verwaltungsgericht und ließ, da die aufschiebende Wirkung der Klage bestätigt wurde, das Glücksrad weiter drehen. Er

stellte den Betrieb ein, als er auch vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg unterlag.

Obschon die Vorkommnisse rechtlich nicht relevant waren, befindet sich darüber in den Akten des hannoverschen Innenministeriums ein Vermerk vom 19. Mai 1971. Wenige Wochen später, im Juni, war Innenminister Lehnert, wie er in einer eidesstattlichen Erklärung selber bestätigt, mit Freundin Brigitte und seinem persönlichen Referenten Michael Schöne in Hittfeld, um sich, so Lehnert, die von Freund „Fritze“ Harenberg „als für eine Spielbank besonders geeignet bezeichnete Lokalität anzusehen“.

Als Welsch selber den Minister bei Gelegenheit in der „London-Schänke“ darauf ansprach, daß er „doch schon früher einmal mit den Behörden Ärger gehabt“ habe, beruhigte ihn Lehnert: „Sie brauchen mir nichts zu erzählen. Ich weiß, wer Sie sind. Ich bin Innenminister und oberster Polizeichef in Niedersachsen und habe Ihre Person überprüft.“

Nachdem der Minister am 7. März 1974 die Zusage angeblich noch einmal erneuert hatte, brachten „Fritzes“ Freunde das erforderliche Kapital für die Kommanditeinlagen und für den geplanten Kasino-Neubau in Hittfeld auf – ein schicksalhafter Fehler, wie sich bald erweisen sollte.

Kalweit „verkaufte“ ein Grundstück, das für einen Hotel-Neubau vorgesehen war“, Welsch veräußerte „einen meiner gastronomischen Betriebe und belieh eines meiner Grundstücke“. Außerdem besorgte sich Welsch zwölf Millionen Schweizer Franken – und begab sich dadurch möglicherweise in eine fatale Abhängigkeit.

Welsch, in Puerto Rico an einer Spielbank beteiligt, will sich den Betrag von überseeischen Geschäftspartnern besorgt haben, deren Namen nicht bekannt sind. Das Geld deponierte er bei einer Schweizer Bank, dann wartete er auf die Konzession.

Roemheld war derweil offenkundig darauf fixiert, die beiden ersten Spielbank-Lizenzen – für Hannover/Pymont und Harzburg/Hittfeld – zwei bestimmten Bewerbergruppen zu geben. Die Formationen waren politisch gut gemischt, vertreten war Rouge ebenso wie Noir; „alles war doppelt genäht, alles wechselseitig abgesichert“, verrät ein hoher hannoverscher SPD-Funktionär.

Unklar ist, ob der Ministerialbeamte Roemheld bei der Zusammenstellung der Konzessionärgruppen aus eigenem Antrieb handelte oder auf höhere Weisung. Der jetzt in Karlsruhe lebende



Sozialdemokrat Lehnert (1974)  
„Begebenheiten aus dem Privatleben“

*Handwritten note:*  
 3008 Geboren: 22.6.78  
 Habilitation  
 Liebe Frau Helmut!  
 Vielen Dank für Ihren Brief vom  
 27.5.78. Sie bin - an 2. Woche - in  
 Hannover und bin ganz bei Ihnen und  
 Ihnen zu Hause. Vermutlich wird es, daß  
 Sie mittige zwischen 12<sup>00</sup> - 13<sup>00</sup> Uhr  
 damit wir tags, Mittwoch und Ort vereinbaren  
 können  
 Freundliche Grüße aus der  
 Familie  
 Rainer Lehnert  
 Tel. 05137 / 72979

**Lehnert-Brief an Welsch**  
 „Das kann auch eine Falle sein“

Spielbank-Berater Horst Geiger; der Anfang 1974 von der Harzburger Bewerbergruppe um den Verleger Karlheinz Löhrl („Steinbock-Verlag“) und den ehemaligen Getränkegroßhändler Kurt Vorlop („Vorlo“) als Roulett-Fachmann engagiert worden war, berichtet von einem heimlichen Zusammenspiel zwischen Bewerbern und Behörde.

Roemheld habe, so Geiger zum SPIEGEL, den Anwalt der Harzburger Konzessionsanwärter, seinen Duzfreund Karl Schmidt-Rux, laufend „informiert, welche Schritte er zu unternehmen hat und welches Material er zu beschaffen hat, um andere Gruppen auszuschalten“.

Auch sei er, notierte Geiger in einem Schriftsatz aus dem Jahr 1977, „im Besitze eines Aktenvermerkes“ von Anwalt

Schmidt-Rux. Danach habe „Herr Dr. Roemheld am 11. 4. 1974 Herrn Dr. Schmidt-Rux offiziell von der bevorstehenden Konzessionserteilung an die Gruppe Löhrl unterrichtet“.

Noch Ende April 1974 verlangte Minister Lehnert jedoch von Kalweit, daß Welsch wegen seines angeblich schlechten Leumunds aus der Bewerbergruppe ausscheiden müsse. Am 26. April zeigte Kalweit-Anwalt Christian Oestmann dem Ministerium an, daß Welsch nicht mehr zu den Konzessionsbewerbern gehöre. Und noch am 2. Mai, so bezeugte der frühere Winsener Landrat Philipp Helbach (SPD) in einer eidesstattlichen Versicherung, habe Lehnert bei einem Besuch in Seevetal-Hittfeld ihm gegenüber „wörtlich“ erklärt: „Es bleibt dabei, die Gruppe Kalweit bekommt die Konzession für die Spielbank Hittfeld und Harzburg.“

Nun argumentierte Roemheld allerdings, nach dem – erzwungenen – Rückzug Welschs hätten die Bewerber keinen Spielbank-Fachmann mehr in ihren Reihen. Den Konkurrenten vermittelte der Ministerialbeamte persönlich solche Experten: Dem Hannover-Konzessionär Felsenstein zwang er den Bad Homburger Kasino-Direktor Ludwig Liebs als Partner auf, der Harzburger Löhrl-Gruppe führte er den Belgier Roger Victor de Ramée zu.

Die Berufung de Ramées, so erweist sich jetzt, beruhte indes auf einem merkwürdigen Manöver Roemhelds. Die Vorgehensweise des Beamten macht womöglich die ganze Konzessionsvergabe für Harzburg juristisch anfechtbar – auf das ohnehin stark verschuldete Land könnten Entschädigungsforderungen in Multi-Millionen-Höhe zukommen.

De Ramée, der ehemalige Spielbank-Chef von Ostende, war von der Stadtverwaltung gerade geschäft und, weil er das Kasino nicht freiwillig räumte, hinausgeklagt worden; zudem schuldete er der Stadt rund 18 Millionen belgische Franc an Steuern und Abgaben.

In einem Gutachten für die Löhrl-Gruppe und das Innenministerium hingegen bescheinigte eine „Interessen-Gemeinschaft Deutscher Spielgerätehersteller & Spielveranstalter“ dem Belgier de Ramée, er habe die Spielbank Ostende „in einem desolaten Zustand übernommen“ und innerhalb weniger Jahre „zur führenden belgischen Spielbank aufgebaut“; seine „Fachkenntnisse“ seien „international anerkannt“.

Daß in der Beurteilung nur Gutes über de Ramée stand, hatte eine einfache Bewandnis: Der Vorsitzende jener „Interessen-Gemeinschaft“, der das Zeugnis ausgestellt hatte, war derselbe Horst Geiger, der als Berater für die von Roemheld favorisierte Löhrl-Gruppe tätig war.

Geiger versichert, daß Roemheld von dieser Doppelfunktion und damit von der Parteilichkeit des Gefälligkeitsgut-

67.11.78 08.29  
 50394  
 X 19

Dr. Gerhard Roemheld  
 Ministerialrat  
 Brabeckstr. 34  
 (33000) Hannover-Indreede

die Seele nährt sich von dem worüber sie sich freut, Herr Dr. Roemheld Sie haben mich schwer nervenkrank gemacht durch Ihre schmutzige Vergabe der Spielbanken Bad Harzburg-Hittfeld 1974/75. Meine Loge hat Ihnen rasche geschworen, als Christ und Demokrat fühle ich mich

113 Dr. Gerhard Roemheld page 2/13

verpflichtet Ihnen dieses mitzuteilen,  
 hochachtungsvoll Otto Welsch Hotel Zuerich  
 Zuerich Uni-Nervenklinik Zuerich Burghoelzli

col (33000) 34 1974/75



wenig wie die FDP-Freunde um Parteischatzmeister Kleinert, die in Bentheim und Bad Zwischenahn seither Millionen abkassiert haben.

Laszlo von Rath, der gewiefte Finanzberater der Union, kann sich nicht vorstellen, daß, nach der Ausschaltung der Kalweit-Gruppe, „drei Spitzenherren einer Partei“ – der damalige Schatzmeister Ernst Albrecht, der Landesvorsitzende Hasselmann und der Generalsekretär Haaßengier – „wissen, daß ihre Partei Gelder jährlich in Millionenhöhe erhalten könnte“, und später „daran nicht mehr interessiert“ gewesen sein sollen.

Jedenfalls fügte es sich, daß der niedersächsische CDU-Ehrentvorsitzende Richard Langeheine, 88, heute über knapp ein Drittel der Anteile an der Spielbank Bad Harzburg/Hittfeld „uneingeschränkte Vollmacht“ hat.

**Welsch-Telegramm an Roemheld, Adressat: „Schmutzige Vergabe“**

achtens gewußt habe. Denn er, Geiger, habe mehrfach an Gesprächen zwischen Schmidt-Rux und dem Ministerialrat teilgenommen. Roemheld, so Geiger, habe überdies auch gewußt, daß de Ramée zu diesem Zeitpunkt bereits todkrank war und niemals sein Amt würde antreten können (de Ramée starb im November 1974, für ihn rückte Wallner nach). Folglich war de Ramée lediglich ein „Strohmann“ (Geiger), damit die Löhr-Gruppe wenigstens formal die Bedingungen erfüllte.

Zudem enthüllte Geiger bereits in einem Schreiben aus dem Jahr 1977, daß Roemheld nachteilige Erkenntnisse über de Ramée unterdrückt habe: Der Beamte habe, einer Mitteilung von Schmidt-Rux gegenüber Geiger zufolge, „die ihm vorliegenden Vorstrafenregister“ aus den Akten entfernt.

Auffällig ist, daß der Ministerialbeamte Roemheld die Kalweit-Gruppe um jeden Preis auszutricksen trachtete. Mit konstruierten Vorwürfen gegen Welsch schaltete er die früheren Lehnern-Favoriten im Wettlauf um die begehrte Spielbank-Lizenz für Harzburg/Hittfeld aus. Gleichzeitig schanzte er die Konzession mit manipulierten Zeugnissen der Löhr-Gruppe zu.

Dieses sonderbare Verhalten ergibt beispielsweise dann einen Sinn, wenn zwischenzeitlich eine raffiniertere Lösung gefunden wurde, Parteien oder Parteivertrauensleute an den Kasino-Gewinnen teilhaben zu lassen.

Wie parteinahe Bewerber, offenbar im heimlichen Allparteien-Einverständnis, damals an Roulette-Erträge gelangen konnten, zeigt das Beispiel des SPD-Mannes Friedrich Gresse, der 1974 einen Fünf-Prozent-Anteil an der Spielbank Hannover/Pymont ergatterte.

„Als Referenz“ hatte der damalige Verlagsgeschäftsführer („Heim und Welt“) und Präservativ-Manager („Blau-siegel“) dem SPD-geführten Innenministerium „Herrn Hans Striefler, Hannover“, genannt, einen damals einflußreichen SPD-Politiker: „Keiner konnte an Striefler vorbei Entscheidungen treffen“, schrieb einmal die „Hannoversche Allgemeine“.

Die Referenz führte zum Erfolg, obwohl Gresse zunächst nur in die Gruppe 2 jener Bewerber eingeordnet worden war, die „in einigen Punkten nicht den Vorstellungen“ entsprachen. Mitgeholfen hatte ihm Gustav Wöhler, ebenfalls SPD: Der damalige Protokollchef der Staatskanzlei marschierte eigens in das Innenministerium, um den Genossen Gresse in der Kasino-Gruppe unterzubringen.

„Gustav Wöhler“, eröffnete Spielbank-Chef Felsenstein jetzt dem SPIEGEL, „hat den Gresse in unsere Gruppe geholt. Auf dem Gastronomienball, halb auf der Tanzfläche, hat er ihn mir vorgestellt – ich kannte den bis dahin gar nicht. Wahrscheinlich hat der Gresse dem Wöhler ein paar Mille gegeben.“ Wöhler konnte immerhin eine Unterbeteiligung in Höhe von 50 000 Mark erwerben.

Vieles deutet darauf hin, daß auch die CDU damals nicht leer ausging, ebenso-

Rechtsanwalt Langeheine aus Peine, der den niedersächsischen Grünen als „Strohmann der CDU“ im Spielbank-Geschäft gilt, verwaltet die Beteiligung des verstorbenen hannoverschen Kaufmanns August Appenrodt. Der wiederum zählte, wie sich von Rath erinnert, einst zu jenem mächtigen Industriellenzirkel um den Keksfabrikanten Werner Bahlsen, der 1970 den Europa-Beamten Ernst Albrecht in die Landespolitik bugsierte. Appenrodt, vermutet von Rath, habe in der Spielbank die gleiche Stellung innegehabt, die ihm selber zugesprochen gewesen sei: Treuhänder für die CDU.

Mit 25 Prozent der Anteile am Doppelkasino Harzburg/Hittfeld kam, nach der Ausschaltung der Kalweit-Gruppe,

V.S. - Nur für den Dienstgebrauch

**PROTOKOLL**

Über ein Telefongespräch am 17. 6. 1978 zwischen Herrn Welsch und Herrn Prange (Sandaufzeichnung)

Hier Hotel Krohwinkel, guten Tag. Ist der Herr Welsch im Hause?

- Moment, ich schaue mal.

- Hallo?

Prange: Wer ist da bitte?

Welsch.

Prange: Hier ist Edu Prange.

Welsch: Prange, Edu. Ich begrüße Dich. Grüß Dich. Wie geht es?

Prange: Geht so weit! Ja und selbst auch?

Welsch: Na ja, mein Gott, ich habe es ein bißchen mit den Nerven zu tun. Ich bin in der Behandlung in der Nervenklinik. Ich wohne aber im Hotel. Ich marschiere immer zwischen Hotel und Nervenklinik. Ich bekomme Spritzen usw. Die ganze Geschichte in der Psychiatrie hat aufgezeigt, daß mir der Spielbanktschock doch bis in die Knochen gegangen ist.

Prange: Ja, ich rufe an, weil der Herrmann Mayer nach gebeten hat, mal

**Abgehörtes Welsch-Telephonat**  
 „VS – Nur für den Dienstgebrauch“

auch der Hannoveraner Ernst August Schrader zum Zuge. Schrader, Aufsichtsratsvorsitzender der „Brauer Gilde Hannover AG“, ist zumindest in dieser Funktion seinem Aufsichtsratskollegen Ferdinand Wallbrecht verbunden, der bis 1972 Landesschatzmeister der CDU war, mithin Amtsvorgänger von Ernst Albrecht.

Die abgeschlagenen Bewerber Kalweit und Welsch, die sich von Parteipolitikern und Ministerialbürokraten verschaukelt sahen, reagierten jeweils auf ihre Weise auf die Absage aus dem Innenministerium, die sie als Vertrauensbruch empfanden.

Kalweit erschien am 20. Mai 1974 gegen neun Uhr in Roemhelds Amtszimmer und erklärte, wie der Beamte in einem Vermerk niederlegte, seine bisherige Sympathie für die SPD sei „in Haß“ umgeschlagen. Kalweit laut Roemheld weiter:

Er beabsichtige zwar nicht, den Minister zu erpressen, doch werde sich der Bruch der Zusage sehr negativ auch für den weiteren Wahlkampf der SPD in Niedersachsen auswirken.

Ende April jenes Jahres bereits soll Kalweit-Anwalt Oestmann im Innenministerium angedeutet haben, was Lehnern im Fall einer Absage drohe: „Mehreren Angehörigen“ der Kalweit-Gruppe, protokollierte der damalige Ministerialdirigent und heutige Datenschutzbeauftragte Klaus Tebarth die Äußerungen Oestmanns, seien „Begebenheiten aus dem Privatleben des Ministers bekannt, deren öffentliches Bekanntwerden diesem und seiner Partei zu erheblichem Nachteil gereichen werde“.

Nachdem die „massive Drohung“ (Tebarth) nichts ausgerichtet hatte, versuchte Kalweit, die sicher geglaubte Konzession für Harzburg/Hittfeld gerichtlich zu erstreiten, vergebens. Welsch begann, den Beamten Roemheld während des Prozesses mit Telegrammen einzudecken.

„Die Seele nährt sich von dem, worüber sie sich freut“, telegraphierte Welsch am 11. Juni 1978 an Roemhelds Privatadresse: „Sie haben mich schwer nervenkrank gemacht durch Ihre schmutzige Vergabe bei den Spielbanken Bad Harzburg/Hittfeld.“ Und: „Meine Loge hat Ihnen Rache geschworen.“

Eine Woche später schickte Welsch eine weitere Depesche, diesmal gereimt:

Ein guter Ruf ist wie ein stattlich Haus  
Das baut sich Stein um Stein  
allmählich aus  
Doch mit gewissenloser Hand  
Im Nu steckt es ein Lump in Brand.

Welsch korrigierte einen „Übermittlungsfehler“ im ersten Telegramm; richtig müsse es heißen: „Eine Loge hat Ihnen Rache geschworen.“ Und er warnte

Roemheld: „Sie sind gut beraten, wenn Sie die Sache ernst nehmen.“ Die Drohung wurde offenkundig ernst genommen.

Roemheld bestellte sich Polizeischutz, Minister Lehnern schrieb am 12. Juni 1978, unmittelbar nach dem ersten Telegramm, dem „lieben Herrn Welsch“ einen Brief, der nach allem Ungemach erstaunlich freundlich gehalten war. Auf einen Vorschlag Welschs, sich in Zürich zu treffen, wobei er für Flug und Aufenthalt aufkommen wollte, teilte Lehnern mit, er sei „in der 2. Hälfte Juni in Hannover“ und „gerne bereit, ein Gespräch mit Ihnen zu führen“.

Lehnern mußte, ebenso wie Roemheld, von Welsch Schlimmes befürchten: Vom Ausland her verbreitete der abgewiesene Bewerber Behauptungen, die

zu informieren, schaltete Kasino-Kontrolleur Roemheld den ihm zugeordneten Polizeiparagrafen ein. Hauptkommissar Rainer Hoffmann vom Landeskriminalamt (LKA) besuchte daraufhin den Absender der Telegramme in dessen Schweizer Quartier im „Hotel Zürich“.

Unter dem Betreff „Vorbeugende Verbrechensbekämpfung“ hatte das Wiesbadener Landeskriminalamt der Züricher Kantonspolizei die Ankunft des LKA-Kollegen angekündigt – zwecks Kontakt mit der schweizerischen „Spezialabteilung 2/Kapitalverbrechen“ und Einvernahme „eines Otto Welsch“.

Welsch hatte zuvor bereits in der Spielbank-Gemeinde Hittfeld für gewaltige Aufregung gesorgt. In einem Protokoll hielt Spielbank-Direktor Peter Nölte damals fest, was Welsch dem Hittfeld



Kasino Hittfeld: „Im Nu steckt es ein Lump in Brand“

Lehnern' und Roemhelds Karriere damals jäh hätten beenden können, wenn die Vorwürfe Gehör gefunden hätten und sich hätten belegen lassen.

Dem SPD-Kommunalpolitiker Menck etwa berichtete Welsch von der angeblichen 100 000-Mark-Forderung des Ministers Lehnern an die Kalweit-Gruppe sowie von seiner Vermutung, daß Roemheld bestechlich sei – ein Verdacht, dem die hannoversche Staatsanwaltschaft und der Untersuchungsausschuß erst zehn Jahre später nachgingen.

Der Lehnern-Einladung nach Hannover mochte Welsch 1978 nicht Folge leisten: „Das kann auch eine Falle sein.“ Welsch befürchtete, Polizeizive Roemheld könnte ihn auf deutschem Boden wegen der Droh-Telegramme sogleich festnehmen oder in eine Irrenanstalt sperren lassen.

Um sich über Welschs Absichten – und wohl auch über dessen Kenntnisse –

der Bürgermeister Hermann Meyer am Telefon angekündigt habe: Sollte Kalweit seinen Prozeß vor dem Verwaltungsgericht am 12. Juli 1978 um die Konzessionsverteilung nicht gewinnen, so Welsch laut Nölte-Notiz, dann „würden Mitglieder seiner Loge einen Racheakt ausführen“.

Das Vorhaben sei „so geplant, daß in dem Haus der Spielbank eine Bombe hochgehen oder das gesamte Haus abbrennen wird“. Er, Welsch, sei „nicht in der Lage, seine Leute von diesem Vorhaben abzuhalten“ – der Bürgermeister solle Eduard („Edu“) Prange, dem Wirt von „Krohwickels Gasthaus“, wo die Spielbank untergebracht war, „ausrichten, daß er sich so hoch wie möglich versichern möchte, damit er keinen Schaden erleidet“.

„Um sich zu vergewissern“, so Nölte, was an Welschs Drohungen dran sei, wurde „von unserer Seite aus vorgeschla-

gen und von der Kripo akzeptiert“, daß der „Krohwinkel“-Wirt Prange, Duzfreund aus alten Hittfelder Tagen, mit Welsch telefonieren sollte. Das Ferngespräch wurde, ohne Wissen des Ange-rufenen, von Roemhelds Polizei auf Tonband aufgezeichnet.

Der Hotelier mahnte laut Abhör-Protokoll („VS – Nur für den Dienstgebrauch“) seinen Gesprächspartner Welsch, es „wäre wohl ein bißchen gefährlich, was da läuft“. Daraufhin erzählte Welsch seine Geschichte. Weil er sicher zu sein glaubte, die Konzession für die Spielbank in Hittfeld zu bekommen, habe er für den Kasino-Bau seinerzeit zwölf Millionen Schweizer Franken aufreiben müssen: „Für die mußte ich ja sorgen, und für die habe ich von ameri-kanischer Seite gesorgt.“

Die amerikanischen Geldgeber, so Welsch, seien den Handel inzwischen leid. Sie hätten von ihm 500 000 Dollar „für die Zurverfügungstellung“ der Schweizer Franken verlangt. Er habe den Geldgebern die Summe mit den Worten ausgehändigt: „Hier habt ihr euer Geld, und laßt mich in Ruhe“ – das sei Ende Mai 1978 gewesen, in Puerto Rico, wo er „ja auch beteiligt an einer Spielbank“ sei. Im polizeilichen Abhör-Protokoll liest sich das so:

WELSCH: Die Amerikaner haben das Geld zur Verfügung gestellt und sagen heute, gut, du bist nicht auf Stich gekommen. Man hat dir die Spielbank nicht gegeben. Das ist dein Hof. Vorerst mußt du erst mal mit uns abrechnen. So war ich in Puerto Rico vom 20., Moment, ganz genau, vom 21. bis 23. und habe dort meine 500 000 Dollar bezahlt, und damit bin ich erst einmal frei. Aber die haben gesagt, Welsch, du bist zu anständig, als daß du, wenn du nicht gewinnst, dir nichts passiert. Dann passiert etwas, wie wir es in Amerika machen. Hast du verstanden?

PRANGE: Ja, ja, aber ich meine, daß ist ja eine ziemlich ernste Drohung.

WELSCH: Ja, nun, aber ich gebe ja die Drohung nicht. Ich gebe ja nur das weiter, was man mir sagt.

„Wie ich die Herren kenne und wie du das immer aus Zeitungen liest“, fügte Welsch hinzu, würden seine Geldgeber nicht lockerlassen: „Das sind alles feine Leute, sind Emigranten, sind polnische Juden. Wechseln ihren Anzug dreimal am Tag.“ Mit denen, sollte das wohl heißen, ist nicht zu spaßen.

Ob die Geschichte einen ernsthaften Hintergrund hatte oder ob Welsch von Wahnvorstellungen gepackt war, ließ sich nie ganz aufklären. Fest steht, daß Welsch zu jener Zeit in psychiatrischer Behandlung war. Welsch in dem mit-geschnittenen Telefonat mit „Edu“ Prange:

Ich muß jetzt wieder um 12 Uhr in der Klinik sein, kriege wieder eine Spritze, ja, und dann kriege ich starke Tabletten, so daß ich also liegen muß. Die Nebenwirkung sind große Muskellähmungen dabei ... Ich bin hier bei den ersten Leuten in Behandlung, Kantonsspital, Psych-

iatrische Klinik, Professor Dr. Angst, Neurologe Professor Dr. Baumgartner. Die haben ganz klar erkannt, wo bei mir der Schock ist. Der Schock ist die Spielbank, die sitzt dem Welsch bis in den Knochen ...

Roemheld hat ja seinerzeit die Spielbank schmutzig vergeben für uns ... Ihr kennt mich ja nun viele Jahre, ich war 58 Jahre alt, und ich bin vollkommen normal, und daß alles nun so gekommen ist, ist die Schuld von Herrn Dr. Roemheld. Hätte der ja nur eine Beteiligung der Gruppe Kalweit zugelassen, dann wäre alles in Ordnung gewesen.

Welsch-Freunde berichten, der gescheiterte Roulett-Anwärter habe damals zeitweise einen „äußerst verwirren“ Eindruck gemacht. Der hannoversche Kriminalbeamte dagegen, der Welsch in dessen Züricher Hotel auf-

che Amerikaner) nicht einverstanden. Alle Leute würden ihn als „lauteren“ Kaufmann kennen. „Ihr seid verschoben worden, und wir sind nicht bereit, dich bluten zu sehen“, hätten die Amerikaner ihm gesagt. „Wir werden dich rächen“ und „Wir werden dir eine Leiche ROEMHELD bringen“, seien die Worte der Amerikaner gewesen.

Die Annahme, daß die blutrünstigen Amerikaner nicht nur in Welschs Phantasie existierten, wird gestützt durch einen Vorfall, an den sich der damalige Hittfelder SPD-Ratsherr und Spielbank-Ausschußvorsitzende Menck erinnert, der sich vor der Konzessionsvergabe für die Kalweit-Gruppe eingesetzt hatte.

Eines Morgens um vier wurde Menck aus dem Schlaf geklingelt – am Tele-



Welsch-Gründung „Oasis“ auf Teneriffa: Kleiner Finger geschminkt

suchte, vermerkte in seinem Protokoll, Welsch habe „in sehr ruhigen und sachlichen Worten“ gebeten, ihm „den gesamten Hintergrund der Angelegenheit erklären zu dürfen“.

Er könne „zwar keinen Beweis bringen“, sagte Welsch dem LKA-Mann, „aber ich denke da an Bestechung von Roemheld und Bentin“. Das Polizeiprotokoll landete, natürlich, auf Roemhelds Schreibtisch. Staatsanwaltschaftliche Vorermittlungen wegen Korruptionsverdachts gegen den Polizeivize Roemheld wurden, natürlich, nicht angestellt – das geschah erst Ende letzten Jahres, aus anderem Anlaß. In dem LKA-Protokoll über Welschs Aussagen ist abermals die Rede von den geheimnisvollen transatlantischen Finanziers des Glücksspiel-Betreibers aus der Lüneburger Heide:

Mit der Ablehnung der Konzession seien die Geldgeber des Herrn WELSCH (rei-

phon war Welsch, der am Abend portorikanischer Ortszeit aus der überseeischen Spielbank anrief und den Hörer an seine Geschäftspartner weiterreichte. Denen, offenbar deutschsprachigen Emigranten, wie Menck vermutet, mußte der Ratsherr bekunden, daß Welsch nicht sie übers Ohr gehauen habe, sondern selber Opfer eines üblen Spiels hannoverscher Beamter und Politiker geworden sei.

„Eine halbe Stunde“, berichtet Menck, habe er auf die Amerikaner einreden müssen, dann hätten sie ihm offenbar Glauben geschenkt. Später habe ihm Welsch versichert: „Sie haben mir das Leben gerettet.“

Daß Welsch damals zeitweise „Todesängste“ ausgestanden habe, bestätigte dem SPIEGEL auch ein Anwalt, der ihn jahrelang beraten hatte: „Es gab da“, deutet er an, „engere Zusammenhänge

mit eigenartigen Gruppen.“ War womöglich Mafioses im Spiel? „Ja.“

Welsch, so der Anwalt, habe sich verfolgt gefühlt „von einem Syndikat, dem er in die Hände gefallen war“. Einmal hätten die Verfolger sogar ihn, den Anwalt, angerufen: „Ich habe dann eine falsche Spur gelegt, damit Welsch verschwinden konnte.“

Hat Welsch am Ende vor seinen Verfolgern nicht mehr rechtzeitig entkommen können? Oder hat er, vollends entnervt durch Konzessionspoker und Gläubigerdrohungen, schlicht Selbstmord begangen?

Ganz schlau sind auch seine Freunde nie aus ihm geworden, die ihn mal als verwirrtes „Schlitzohr“, mal als „sehr gebildeten Mann“ schildern. Einige haben ihn als anregenden Gesprächspartner in Erinnerung, so der einstige NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden, der als Immobilienhändler auf Teneriffa „jeden Sonnabend zum Frühschoppen bei Welsch“ in dessen „Café Oasis“ war, andere beschreiben den Ex-Fallschirmjäger als Schwadronneur – typischer Spruch: „Hätten wir den Krieg gewonnen, wäre ich heute Gauleiter von Berlin.“

Unklar ist beispielsweise, ob Welsch am Ende Geheimdienst-Kontakte oder nur eine Geheimdienst-Macke hatte – oder aber, ob er vorspiegelte, eine Macke zu haben, um hinter dieser Maske ungestört irgendwelchen Geschäften nachgehen zu können.

Bisweilen, berichtet ein Welsch-Bekannter, habe der Kaufmann auf Teneriffa behauptet, er müsse im Auftrag der CIA kurzfristig zu konspirativen Treffs nach Rom reisen: „Dann ging er ins Badezimmer und hat sich als Erkennungszeichen den Nagel des kleinen Fingers geschminkt.“

Zuletzt hätten sich bei Welsch wohl Phasen von Depression und Verfolgungswahn abgewechselt; den von ihm so genannten „Spielbank-Schock“ hat er offenbar nie überwunden. Von Welsch-Ehefrau Margot wollen Bekannte gehört haben, daß sie ihren Mann schon „zweimal rechtzeitig vom Strick geschnitten“, ihn am Schluß aber „nicht mehr rechtzeitig entdeckt“ habe.

Gerade in den Tagen vor seinem Tod jedoch, nach seiner Rückkehr von einer Reise nach Las Vegas, sei Welsch, berichtet Seelsorger Grunwald, ausgesprochen klar und lebensfroh gewesen – Rätsel über Rätsel.

Ein Welsch-Freund, durch den hannoverschen Spielbank-Skandal zu neuem Nachdenken veranlaßt, steuert eine fünfte Todesversion bei. „Vielleicht“, sinniert er, „ist Welsch ja so ähnlich gestorben wie Generalfeldmarschall Rommel“, der von Hitler zur Einnahme von Gift gezwungen wurde.

„Womöglich“, so der Freund, „hat dem Otto Welsch jemand nahegelegt, sich umzubringen.“

## KOALITION

### Aus den Miesen

**Sollen bei der für den Herbst geplanten Rentenreform auch die Staatsdiener zahlen? Ihre Lobby ist alarmiert.**

**N**orbert Blüms letzter Fernsehauftritt vor dem Urlaub war kurz, aber wirkungsvoll.

Bevor der Arbeitsminister zum Wandern mit Lappen in den hohen Norden Europas abreiste, äußerte er sich noch schnell zum Problem der Altersversorgung: Wenn die Rentenversicherung sich umstellen müsse, weil weniger Kinder geboren würden, „dann muß der öffentliche Dienst sich auch umstellen“.

Präsidium seiner traditionell beamtenfreundlichen Partei vergangenen Montag mit dem Vorgang beschäftigt hatte. An Rechten der Beamten werde die FDP nicht rütteln lassen.

Wolfgang Mischnick, dem Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, reichte das gängige Vokabular nicht mehr, um die Wucht seiner Unterstützung zu verdeutlichen: Eine „Vollalimantation“ stehe dem Beamtentum zu, eine unbedingte Fürsorge des Dienstherrn für seine Diener ohne Ende.

Seit 1983 eine Sachverständigenkommission zum ersten Male die Unterschiede der deutschen Altersversicherungssysteme aufgezeigt und empfohlen hat, die üppige Versorgung des öffentlichen Dienstes abzubauen und auch Beamten Beiträge für ihre Pensio-



**Reformer Blüm:** Die Korrektur half nicht mehr

Dann fügte er einen Satz hinzu, der später in der vom Bundespresseamt verteilten Version der TV-Abschiedsgala fehlte: „Ob mit Beiträgen oder ohne Beiträge, das ist eine zweite Frage.“

Die Korrektur aus Friedhelm Osts Amt half nicht mehr. Das Wort „Beiträge“ für Beamte war in der Welt, ausgesprochen von jenem Minister, der im Herbst die Reform der Rentenversicherung auf den Weg bringen soll.

Eifrig wie stets, wenn irgend jemand Böses im Schilde führt gegen das Beamtentum, scharten sich bewährte Beschützer um die Staatsdiener. Ein „Unding“ sei es, auch nur daran zu denken, den Beamten Beiträge für ihre spätere Pension abzuverlangen, schimpfte der sonst so stille FDP-Justizminister Hans A. Engelhard. „Verwundert“ zeigte sich der stellvertretende FDP-Vorsitzende Gerhart Baum über Blüm, nachdem sich das

nen abzunehmen, hat die Beamtenlobby viel zu tun. Bisher allerdings war noch jeder Vorstoß, die Vorschläge in die Tat umzusetzen, verbal abzuwehren: Ernste Gefahr, daß an den Privilegien der Staatsdiener gerüttelt würde, bestand nicht.

Doch das ist jetzt anders. Im Herbst will Blüm der Regierung ein Sanierungskonzept für die gesetzliche Rentenversicherung vorschlagen, das die Beiträge von jetzt 18,7 Prozent des Bruttolohns auf über 20 Prozent treiben und die Leistungen für die Rentner der Zukunft reduzieren wird.

Geschieht im öffentlichen Dienst nichts, dann vergrößert sich der ohnehin beträchtliche Vorsprung der Staatsdiener gegenüber dem normalen Volk. „Ohne Einschnitte in die Beamtenversorgung“, sagt der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschafts-